Nr. 304. 42. Jahrgang. Abend-Ausgabe. Mittwoch, 18. Juni 1913

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Marconisünder.

J. S. Das englische Parlament wird heute (um uns wieder einmal zu zeigen, was eine wirklich freie Verfassung ist) in „großer Debatte" über die Minister des Kabinetts zu Gericht sitzen. Und mit sehr unbehaglichen Gefühlen, wenn auch zum Kampfe gerüstet und entschlossen, werden Herr Asquith und seine Mitarbeiter sich auf der Frontbank niederlassen. Zwar ist es absolut nicht wahrscheinlich, daß die Konservativen, die sich wenig geschickter Führung erfreuen und bis in die letzte Woche in allen großen Abstimmungen unterlegen sind, über die nun schon ein Jahr spielende Marconiaffäre heute das ganze Kabinett zu Fall bringen werden. Aber ihres moralischen Erfolges fühlen sie sich so gut wie sicher. Aus der Debatte dürften zum mindesten zwei Mitglieder der Regierung, der Schatzkanzler Lloyd-George und der Justizminister Sir Rufus Isaacs, nicht ohne Lädierung ihres politischen Ansehens hervorgehen. Der agitatorische Wert eines solchen Ergebnisses für die Opposition versteht sich von selbst.

Die Stellung der Regierung gegenüber dem scharfen Tadelsvotum, das der Konservative Crabe heute einbringt, verschlechtert sich noch dadurch, daß auch viele überzeugte Liberale mit dem Verhalten der angegriffenen Minister ganz und gar nicht einverstanden sind und daß die Iren geradezu die Ausschließung Sir Rufus Isaacs' verlangen. Die drei Berichte der parlamentarischen Untersuchungskommission, die seit dem vorigen Oktober tagte, haben übereinstimmend bekundet, daß keine Spur von Korruption vorliegt, und doch sind sie alle drei für die Regierung gleich genierlich. „Dummheiten", Unvorsichtigkeit, Mangel an politischem Takt, ist das, was selbst ihre besten Freunde auf Grund der festgestellten Tatsachen ihr vorwerfen, und die ganze herrschende Partei erscheint dadurch kompromittiert, daß sie — ob in gesetzwidriger Weise oder nicht, ist den Massen gleichgültig — spekuliert haben.

Die verwickelten Vorgänge sind jetzt einigermaßen zu übersehen: Der Generalschatzmeister Sir Herbert Samuel, auch ein Mitglied des Kabinetts, schließt im März 1912 mit der Marconigesellschaft einen für diese sehr günstigen Vertrag über die Errichtung eines allbritischen Funkenstationennetzes auf dem Erdenrund. Der Generaldirektor der Gesellschaft Godfrey Isaacs, der Bruder des Generalstaatsanwalts, fährt ein paar Tage später nach Amerika und stellt die amerikanische Tochtergesellschaft durch kolossale Kapitalserhöhung auf eine breitere Grundlage. Er kehrt zurück und infzeniert, begünstigt durch die gerade eingetretene Katastrophe der „Titanic", mit Glück einen riesigen Börsenboom in den bisher wenig einträglichen Werten der beiden Gesellschaften, an dem die zuerst Beteiligten der Reihe den Gesellschaften, an dem die zuerst Beteiligten Riesensummen verdienen. Gleichzeitig aber sieht man sich einer wachsenden Opposition gegen den (auch heute noch nicht vom Parlament genehmigten) Regierungsvertrag in den politischen Kreisen und in der Presse gegenüber. Es beginnt allmählich eine von geschäftlichen Rivalen genährte und von antisemitischen Motiven nicht freie Preßhetze, die behauptet, die beiden Brüder Isaacs und der Postminister Samuel hätten in Freundschaft den Regierungskontrakt „gemanagt". Die lügnerische Erfindung wird durch Gerichtsurteil gegen den Hauptagitator Chesterton beseitigt. Aber neue Gerüchte tauchen auf, hartnäckiger als zuvor. Man spricht von spekulativen Käufen mehrerer Minister, darunter des Postministers Samuel, in Aktien der englischen Marconigesellschaft zur Zeit des Vertragsabschlusses. Der Generalpostmeister, seither als persönlich Unbeteiligter glänzend gerechtfertigt, erwirkt im Oktober die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission, die bis vorigen Sonnabend getagt hat. Vor dieser weisen die meist angegriffenen Minister, der Schatzkanzler Lloyd George und der Generalstaatsanwalt Isaacs, die Beschuldigung, sie hätten Aktien der Marconigesellschaft gekauft, als böse Verleumdung zurück. Aber zur allgemeinen Ueberraschung stellt sich im Februar, gelegentlich eines Preßprozesses gegen den „Matin", der schwer verurteilt wird, immerhin heraus, daß beide Minister in der kritischen Zeit Tausende von Aktien der amerikanischen Marconigesellschaft gekauft haben, an denen sie sehr viel hätten verdienen können, wenn sie es geschickter angefangen hätten. Tableau! Man entrüstet sich in eigenen Parteikreisen über die Unaufrichtigkeit der beiden Minister, die die Tatsache monatelang verschwiegen, über diesen schlimmen Fehler, stärker als über den Kauf selbst. Noch mehr: ganz kürzlich stellt sich heraus, daß auch für die liberale Parteikasse durch den damaligen Hauptein peitscher, jetzigen Lord Murray, für mehr als eine halbe Million Mark amerikanische Marconiaktien gekauft wurden. Daß die Partei daran verloren, erhöht ihr Mißgeschick.

Der Mehrheitsbericht der Untersuchungskommission (die Mehrheit sind Liberale) spricht die Minister von jeder unerlaubten Handlungsweise vollständig frei und erklärt dahingehende Beschuldigungen für feige Verleumdungen. Aber auch er macht den Ministern unbedachte Handlungsweise und unzulässiges Verschweigen zum Vorwurf. Der Bericht der unionistischen Minderheit findet in dem Verhalten der Minister „schwere Unkorrektheit" und der Vorwurf wird in der heutigen Debatte sicher noch unterstrichen werden. Die liberale Partei wird es den Ministern überlassen, sich selbst herauszuhauen. Daß niemand mehr von Korruption spricht, kann ihr nicht genügen. Ein so überzeugter Radikaler wie Massingham in der „Nation" hat verlangt, daß Murray verleugnet, Isaacs ausgeschifft werde und daß Lloyd George sich entschuldigen müsse. Die Minister werden dieses Programm heute schwerlich akzeptieren, aber ob bei einem anderen Verfahren die Regierung weniger kompromittiert aus der Debatte hervorgeht, bleibt abzuwarten. Das Kabinett hat in der ganzen Affäre wenig Voraussicht — die erste Tugend des Staatsmannes — gezeigt. Und alle Schuld rächt sich auf Erden.

Aus der Ferne gesehen, fallen die Beschönigungen für die Aktienkäufe der Regierenden, die Feststellung ihrer juristischen Unbescholtenheit in nichts zusammen. Wenn von liberaler Seite geltend gemacht wird, daß die Konservativen nicht besser sind, daß Selborne, Hicks-Beach, Brodrick und andere unionistische Minister immer Großaktionäre und Massenaufsichtsräte gewesen, um so schlimmer! Wir wollen daran festhalten: Minister sollen nicht spekulieren. Wir können nicht behaupten, daß jeder Staatsmann, daß jeder Abgeordnete bei uns in geschäftlichen Dingen ein Cato sei. Aber wir können es verlangen. Gewisse gesetzliche Kautelen könnten immerhin der Beteiligung der Regierenden und Gesetzmacher an Finanzkonzernen, die mit dem Staate zu tun haben, eine Grenze setzen. Mag immer auch die letzte Instanz das eigene Taktgefühl und das eigene Gewissen sein — man sieht bis vorigen Sonnabend getagt hat. Vor dieser weisen die meist angegriffenen Minister, der Schatzkanzler Lloyd George und der Generalstaatsanwalt Isaacs, die Beschuldigung, sie hätten Aktien der Marconigesellschaft gekauft, als böse Verleumdung zurück. Aber zur allgemeinen Ueberraschung stellt sich im Februar, gelegentlich eines Preßprozesses gegen den „Matin", der schwer verurteilt wird, immerhin heraus, daß beide Minister in der kritischen Zeit Tausende von Aktien der amerikanischen Marconigesellschaft gekauft haben, an denen sie sehr viel hätten verdienen können, wenn sie es geschickter angefangen hätten. Tableau! Man entrüstet sich in eigenen Parteikreisen über die Unaufrichtigkeit der beiden Minister, die die Tatsache monatelang verschwiegen, über diesen schlimmen Fehler, stärker als über den Kauf selbst. Noch mehr: ganz kürzlich stellt sich heraus, daß auch für die liberale Parteikasse durch den damaligen Hauptein peitscher, jetzigen Lord Murray, für mehr als eine halbe Million Mark amerikanische Marconiaktien gekauft wurden. Daß die Partei daran verloren, erhöht ihr Mißgeschick.

Der Mehrheitsbericht der Untersuchungskommission (die Mehrheit sind Liberale) spricht die Minister von jeder unerlaubten Handlungsweise vollständig frei und erklärt dahingehende Beschuldigungen für feige Verleumdungen. Aber auch er macht den Ministern unbedachte Handlungsweise und unzulässiges Verschweigen zum Vorwurf. Der Bericht der unionistischen Minderheit findet in dem Verhalten der Minister „schwere Unkorrektheit" und der Vorwurf wird in der heutigen Debatte sicher noch unterstrichen werden. Die liberale Partei wird es den Ministern überlassen, sich selbst herauszuhauen. Daß niemand mehr von Korruption spricht, kann ihr nicht genügen. Ein so überzeugter Radikaler wie Massingham in der „Nation" hat verlangt, daß Murray verleugnet, Isaacs ausgeschifft werde und daß Lloyd George sich entschuldigen müsse. Die Minister werden dieses Programm heute schwerlich akzeptieren, aber ob bei einem anderen Verfahren die Regierung weniger kompromittiert aus der Debatte hervorgeht, bleibt abzuwarten. Das Kabinett hat in der ganzen Affäre wenig Voraussicht — die erste Tugend des Staatsmannes — gezeigt. Und alle Schuld rächt sich auf Erden.

Aus der Ferne gesehen, fallen die Beschönigungen für die Aktienkäufe der Regierenden, die Feststellung ihrer juristischen Unbescholtenheit in nichts zusammen. Wenn von liberaler Seite geltend gemacht wird, daß die Konservativen nicht besser sind, daß Selborne, Hicks-Beach, Brodrick und andere unionistische Minister immer Großaktionäre und Massenaufsichtsräte gewesen, um so schlimmer! Wir wollen daran festhalten: Minister sollen nicht spekulieren. Wir können nicht behaupten, daß jeder Staatsmann, daß jeder Abgeordnete bei uns in geschäftlichen Dingen ein Cato sei. Aber wir können es verlangen. Gewisse gesetzliche Kautelen könnten immerhin der Beteiligung der Regierenden und Gesetzmacher an Finanzkonzernen, die mit dem Staate zu tun haben, eine Grenze setzen. Mag immer auch die letzte Instanz das eigene Taktgefühl und das eigene Gewissen sein — man sieht

Unterredung unseres römischen Korrespondenten mit König Viktor Emanuel.

Sem Benellis „Mahl der Spötter". — Moissi. — Der König und die deutsche Sprache.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 17. Juni.

König Viktor Emanuel, der im Begriff steht, Rom zu verlassen, empfing mich heute in Privataudienz. Zweck der Audienz war, dem König ein Exemplar meiner in Stuttgart erschienenen deutschen Uebersetzung von Sem Benellis „Mahl der Spötter", das nunmehr von Reinhardt aufgeführt wird, zu überreichen. Der König zog mich in ein Gespräch, das beinahe eine halbe Stunde währte. Er äußerte sich mit größtem Interesse über die deutsche Bühne und war überrascht, daß ein Künstler italienischer Abstammung, Alexander Moissi, im Berliner Theaterleben eine so bedeutende Rolle spielt. „Moissi", meinte der König, „wird wohl in Deutschland geboren sein, sonst könnte man seine große Befähigung gerade für die deutsche Bühne kaum verstehen. Sein Name läßt auf Abstammung aus dem Friaul schließen." König Viktor Emanuel unterhielt sich weiter mit mir über die italienische Renaissance, der er besondere Liebe entgegenbringt, und erzählte von den Beziehungen seines Hauses zu deutschen Fürstenhöfen im Cinquecento. Auch die bevorstehende Reise nach Kiel wurde außer anderen Themata berührt. Der König sprach bei der Unterhaltung nur italienisch; denn, sagte er, „als kleiner Junge habe ich mit großem Eifer Deutsch gelernt, aber nachher habe ich, wie das so geht, gar vieles wieder vergessen, und heute kann ich zum Beispiel nur mit Hilfe des Wörterbuches und meiner englischen Kenntnisse deutsche Bücher und Zeitungen lesen." Der König, der im letzten Jahre sehr angegriffen aussah und nervös war, hat sich großartig erholt. Er sieht so frisch und munter aus, wie je, und ist in heiterster Stimmung.

Die verhinderte Jubiläumskundgebung des österreichischen Reichsrats.

Französische Jubiläumsbetrachtungen.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Wien, 18. Juni.

Einmütig wird in der Wiener Presse das beschämende Verhalten des Abgeordnetenhauses in der geplanten Kundgebung zu dem Jubiläum des Deutschen Kaisers verurteilt. Die „Neue Freie Presse" sagt: „Tief erbärmlich war die Bloßstellung der Monarchie im Abgeordnetenhause, jämmerlich war das Versagen der führenden Kräfte, der Mangel an Weltläufigkeit und gesellschaftlicher Erziehung, und vor allem das Fehlen jedes Gefühls für Anstand im Verkehr zwischen großen Völkern." Das „Neue Wiener Tagblatt" schreibt: „Was für die Deutschen in diesem Staat Herzensbedürfnis ist, das hätte den anderen Nationen zwingendes Gebot der internationalen Höflichkeit und Gebot der politischen Dankbarkeit und des politischen Verständnisses sein müssen." Die „Volkszeitung" meint: „Einem Parlament, das jetzt zu Obstruktionsspielereien den traurigen Mut aufbringt, kann man schließlich auch die Verweigerung des Glückwunsches an den treuesten Freund der Monarchie zutrauen." Die

Ein Protest.

Von [Nachdruck verboten.]

Lily Braun.

Die Ehrungen Lauffs, Höckers und Ganghofers zum Kaiserjubiläum und die Maßregelung Gerhart Hauptmanns treffen im Augenblick der Kaiserfeier zusammen.

Daß ein Monarch seine Lieblingsschriftsteller auszeichnet, wäre an sich ohne allgemeines Interesse — jeder Mensch, also auch ein Kaiser, hat ein Recht auf seinen persönlichen guten oder schlechten Geschmack —, daß aber zu gleicher Zeit infolge direkter oder indirekter höfischer Umtriebe das Werk eines Dichters unterdrückt wird, der dem Herzen des deutschen Volkes so nahe steht wie Gerhart Hauptmann, läßt die an sich gleichgültige Angelegenheit als einen Angriff auf unsere geistige Freiheit erscheinen, der zum schärfsten Protest herausfordert.

Ehe der Inhalt von Gerhart Hauptmanns Festspiel bekannt wurde, ist wohl keiner von der stillen Angst freigeblieben, auch ihn könne diese Gelegenheit zu einem wenn auch noch so leisen Anflug von Hurrapatriotismus verführt haben. Dann aber war die Freude um so größer, und zwar die Freude über den Mann, als den sich der Dichter erwies. Er stellte dar, was sowohl den historischen Kenntnissen über die Zeit der Freiheitskriege als den Empfindungen entsprach, mit denen wir heute jenen Ereignissen und ihren Trägern gegenüberstehen. Er hat nicht mit einem Blick nach oben geblinzelt.

Zu danken haben wir ihm nicht dafür —, es war ja im Grunde selbstverständlich. Aber wenn wir uns in diesem Augenblicke nicht zu ihm bekennen, wenn nicht alle, denen geistige Freiheit, aufrechter Sinn, rücksichtsloser Wahrheitsmut für größere, das deutsche Volk höher auszeichnende Güter gelten als jene Art von Patriotismus, die gleichbedeutend ist mit Servilität, zu einem gemeinsamen Protest gegen die Unterdrückung des Breslauer Festspiels sich zusammenschließen: so machen wir uns zu Mitschuldigen dieser Tat.

Dieser Protest wird, um so mehr wenn er einen weiten Widerhall findet, den Gegnern als eine unerfreuliche Nachfeier des Kaiserjubiläumsrausches erscheinen. Aber selbst vor Fürstenthronen hat sich schließlich noch immer Mannesmut und Ueberzeugungstreue als die beste Gabe erwiesen.

*

⊙ Gerhart Hauptmanns Festspiel und der Kronprinz. Unser Breslauer Korrespondent telegraphiert: Wie ich aus sicherer Quelle erfahre, hat das Hofmarschallamt des Kronprinzen bereits am vorigen Dienstag den Magistrat telegraphisch davon verständigt, daß der Kronprinz das Protektorat niederlegen werde, falls die Aufführungen des Gerhart Hauptmannschen Festspiels nicht eingestellt würden. Die Ausstellungsleitung setzte sich mit dem Hofmarschallamt sofort in Verbindung und bemühte sich, mit Rücksicht darauf, daß nur noch wenige Vorstellungen in Aussicht genommen seien, und mit Rücksicht auf die hohen Kosten, den Kronprinzen von seinem Standpunkt abzubringen. Als aber diese Versuche ergebnislos verliefen, entschloß man sich zur Aufgabe der weiteren Vorstellungen. Die Schauspieler werden bis morgen, bis zu dem Tage, an dem die Gagen gezahlt werden, in Breslau bleiben.

Baufach und Baukunst.

Zur Leipziger Ausstellung.

Von [Nachdruck verboten.]

Fritz Stahl.

Wer die gegenwärtige Entwicklung des Bauwesens mitlebt, für den gibt es zwischen Baukunst und Baufach keine Grenze. Früher hätte man vielleicht gesagt, Werke von gewisser „niedriger Bestimmung" oder von unedlem Material gehörten nicht zur Kunst. Wir aber sehen, und sehen mit Freuden, wie unsere stärksten und auf das Höchste gerichteten Baukünstler sich für die Schönheit einer in Eisen konstruierten Brücke oder einer Fabrik einsetzen. Und da man im großen und ganzen die Monumentalbauten leider nicht solchen Künstlern, sondern polytechnischen Routiniers anvertraut, so wird der Stil des zwanzigsten Jahrhunderts gerade in den Nutzbauten vorbereitet.

Deshalb ist es ein großer Fehler der Leipziger Ausstellung, daß sie ihren Namen allzu wortstreng genommen, und zwar der Baukunst sich nicht ganz verschlossen, aber sie doch gar nicht in irgendwie prosaischer Art zur Anschauung gebracht hat. Das muß jeden überraschen, der auf dem modernen Standpunkte steht. Und auch der Katalog bereitet nicht darauf vor, in dem Franz Geißler mit treffenden Sätzen die Aufgaben unserer Architektur darstellt. Er wird vielleicht sagen, man solle nur suchen, es sei schon vieles da. Aber in einer solchen Ausstellung will und kann der Gast nicht suchen. Der Kritiker, der dazu da ist, muß es tun, aber ihm bringt, was hier zu finden ist, fast gar nichts Neues, während er vieles vermißt, was er kennt. Die Aufgabe war, im Publikum für die neuen Ideen zu werben, den Unternehmern und Privaten sinnfällig zu zeigen, worauf es ankommt, sie „den ernsten und heiligen Eifer, mit dem gearbeitet wird," fühlen zu lassen.

Es gibt vier Stellen, wo er einen Hauch des neuen Geistes spüren kann. In der Betonhalle hat der „Deutsche Betonverein" über die Herstellung und Anwendung dieses wichtigsten und zukunftsreichsten Materials Auskunft gegeben. Man sieht neben Brücken, Viadukten und Hallen, bei denen sich ungesucht eine wahrhaft klassische Einfachheit der Form ergibt, in großen Modellen das bisher stärkste monumentale Bauwerk, die Breslauer Jahrhunderthalle. In ähnlicher Weise haben, vereinigt, der „Stahlwerksverband" und der „Verein deutscher Brücken- und Eisenbaufabriken" im Monument des Eisens ihre Arbeit gezeigt. Die großen Diaphanien geben eine gute Vorstellung und sind bequemer anzusehen als Photographien auf Papier. Beide Ausstellungen zeigen, wie der viel beschrieene „Geschäftsgeist" eine solche Schau zu organisieren versteht; diese Industriellen prägen unserer Erinnerung wirklich ein Bild ihres Schaffens ein, und die imposante Form wird auch den Harmlosesten ahnen lassen, was für eine Rolle diese Dinge im Leben seinerzeit spielen. Wie vom künstlerischen Standpunkt aus eine moderne Architekturausstellung zu gestalten ist, das zeigt der „Werdandibund", den Friedrich Seeffelberg leitet. Ich teile seine Anschauung nicht, nach der es überhaupt kein ästhetisch minderwertiges Material gibt, und finde nicht, daß sein übrigens interessanter Bau Verblender und Dachpappe gerettet hat. Der Turm hätte in einem guten Backstein viel schöner und das Dach, mit Ziegeln gedeckt, überhaupt erst gewirkt, während es in schwarzer Pappe aussieht, als ob man zwei Theaterfelsen übereinander gestülpt hat. Trotzdem: das ganze Bauwerk hat einen bestimmten Sinn und Beziehung zu einschneidenden Fragen des heutigen und künftigen Bauwesens. In den Kosen des Turmes, die niedrig und gut belichtet sind, hat der Erbauer mit sicherem Blick und umfassender Kenntnis Abbildungen guter moderner Baukunstwerke versammelt. Jede Stilmeierei ist streng ausgeschlossen, ebenso jede absichtliche und schon deshalb falsche Modernität. Schließlich wirkt noch stark die Ausstellung der Stadt Hamburg. Die ist durch ihren jungen Stadtbaumeister Fritz Schumacher in die erste Reihe der deutschen Städte eingetreten, die ihrem gesamten Bauwesen Charakter und Geschmack geben. Glücklicher als die meisten seiner Kollegen hat er eine bestimmte Bautradition vorgefunden, an die er anknüpfen kann. Er nimmt den schlichten geraden Backsteinstil Alt-Hamburgs wieder auf und entwickelt innerhalb seiner Formen die Bauten, die die veränderte Zeit fordert. Guter Grundriß, gute Proportion, gute Technik: das ist der Schmuck dieser Häuser. Wie bedeutend wäre es,